

die Frage der Mitwirkung der Kirche am Bemühen um internationale Gerechtigkeit.

Mario v. Galli hatte wohl recht, wenn er (vgl. „Orientierung“, 31. 10. 69) die römische Bischofsversammlung als „Synode über die Synode“ bezeichnete. Die faßbarsten Beschlüsse bezogen sich ja auf die Synode selbst. War das Thema, die Beziehungen zwischen Rom und den Bischöfen, auch umfassender, zu Änderungen in diesen Beziehungen dürfte diese Synode nur insoweit geführt haben, als sie selbst als Kontakt- und Konsultationsinstrument weiter ausgebaut wurde. Sollte es bei der Erweiterung des Sekretariats nicht bei einer bloßen bischöflichen Ausschmückung des bisherigen Sekretariats bleiben, sondern — was die Abstimmungsfrage wenigstens nicht auszuschließen schien — ein ständiger Synodalausschuß von Bischöfen gebildet werden, dann wäre das in der Tat ein erster entschiedener Schritt in Richtung einer *ständigen Synode*. Freilich erst ein allererster Schritt, der zudem noch ein halber bleibt, insofern sich offenbar keine Mehr-

heit für den auch von deutscher Seite vorgetragenen Vorschlag fand, man möge dem Papst nahelegen, die Synode zu einem wenigstens begrenzten Mitentscheidungsorgan auszubauen. Der zweite Schritt — wir haben darüber schon im November-Heft berichtet — geschah auf theologischer Ebene mit dem Votum der Synode für eine theologische Vertiefung der Kollegialitätslehre, konkreter des Verhältnisses von Primat und Episkopat. Kommt die internationale Theologenkommission, wie von vielen Synodalen gewünscht, trotz der offenbar gewollt unbestimmten „Meinungsbefragung“ mit diesem Thema zum Zug, so kann man wenigstens mit einer theologischen Versachlichung dieses Fragenkomplexes und mit der Weiterführung und Klärung des in sich nicht widerspruchsvollen konziliaren Ansatzes rechnen. Bedenkt man diese beiden „Ergebnisse“, so sieht die Bilanz dieser Synode trotz ihres bloß instrumentalen und nach innen gekehrten Verhandlungsthemas zwar bescheiden, aber nicht so nichtsagend aus, wie sie auf den ersten Blick erschien.

## *Gibt es eine Krise im Weltkommunismus?*

Die Frage der Verhältnisse und Zustände in kommunistischen Staaten und Parteien sowie die Beurteilung der Beziehungen zwischen ihnen sowie im Weltkommunismus insgesamt ist ein wichtiges Forschungs- und Interessengebiet der freien Welt geworden. Die Fragen nach dem Grad der Einheit im kommunistischen Block, dem Stand der Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien, die Ermittlung der Widersprüche und Gegensätze im theoretischen Denken und der praktischen Politik sind von größter Bedeutung.

Man wird allerdings bedenken, daß Meinungsverschiedenheiten und Konflikte in der kommunistischen Weltbewegung nichts Neues sind. Völlig geschlossen und einig war man nie, selbst nicht unter dem harten zentralistischen Leitungsregiment der III. Internationale, wengleich früher, insbesondere in der Stalinära, vielfach versucht wurde, mit terroristischen Methoden Einheit und Geschlossenheit zu erzwingen. Damals war es kein Zufall, daß nicht nur sowjetische Kommunisten Opfer der Säuberungswelle geworden sind. Die Fraktionskämpfe schwelten damals zwar mehr unter der Oberfläche, mit unterlegenen Fraktionen wurde jedoch vielfach blutig abgerechnet.

Natürlich sind gegenwärtig zum Teil neue Probleme in den Mittelpunkt des Konflikts gerückt, wobei nicht zu übersehen ist, daß es sich dabei um Probleme handelt, die nicht nur ideologische, sondern machtpolitische Grundinteressen kommunistischer Parteien und Staaten berühren. Die offene Anzweiflung der Führungsrolle der KPdSU in der kommunistischen Weltbewegung sowie der Konflikt zwischen Peking und Moskau um die Führung im Weltkommunismus und die revolutionären Bewegungen der dritten Welt sind unzweifelhaft viel gravierender als frühere Konfliktstoffe.

### *Was der Moskauer Konferenz vorausging*

In drei Weltkonferenzen wurde bisher versucht, die Gegensätze innerhalb der kommunistischen Parteien zu überbrücken. Das Gipfeltreffen vom 5. bis 17. Juni 1969 war das dritte seiner Art nach Auflösung der III. Inter-

nationale (März 1919 bis 15. Mai 1943) und des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien (September 1947 bis April 1956). Ähnliche Weltkonferenzen hatten bereits 1957 und 1960 stattgefunden.

Auf der vom 14. bis 16. November 1957 abgehaltenen ersten kommunistischen Weltkonferenz neuer Art (d. h. ohne eine zentralistische Spitze in Gestalt des Informationsbüros oder des Komintern) wurde von den damals anwesenden 64 Parteien ein „Friedensmanifest“ unterzeichnet. Außerdem nahmen 12 an der Macht befindliche kommunistische Parteien (Albanien, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, ČSSR, DDR, Polen, Sowjetunion, China, Nordkorea, Mongolei, Nordvietnam) eine Deklaration an, in der zum Vorantreiben der Weltrevolution unter Führung der KPdSU aufgerufen wurde.

Schon drei Jahre später — vom 10. bis 30. November 1960 — fand die zweite Weltkonferenz statt. Anlaß dieser erneuten Konferenz waren offenbar werdende Differenzen zwischen Moskau und Peking über die Auslegung der Deklaration von 1957. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurden dreiwöchige schleppende Verhandlungen zwischen Vertretern von 81 kommunistischen Parteien geführt. Die KP Chinas war mit einer repräsentativen Delegation vertreten. Nach späteren offiziellen Angaben sollen die Meinungsverschiedenheiten vornehmlich darin bestanden haben, mit welchen Methoden man die nichtkommunistische Welt schneller, gründlicher und wirksamer vernichten könne.

In einem Aktionsprogramm wurden langatmig die Hauptaufgaben des internationalen Kommunismus formuliert. Die in sechs Hauptkapiteln gegliederte Erklärung räumte der KPdSU eindeutig die Führungsrolle in der kommunistischen Weltbewegung ein: „Die kommunistischen und Arbeiterparteien erklären einmütig: die von allen anerkannte Vorhut der kommunistischen Weltbewegung war und bleibt die kommunistische Partei der Sowjetunion als die erfahrenste und gestähltste Kolonne der internationalen kommunistischen Bewegung. Die von der KPdSU im Kampf für den Sieg der Arbeiterklasse, beim Aufbau des Sozialismus und beim umfassenden Aufbau des Kommunismus gesammelten Erfahrungen sind von



prinzipieller Bedeutung für die gesamte kommunistische Weltbewegung“ (Zit. nach „Berliner Zeitung“, 7. 12. 60).

Die Unterzeichner der Moskauer Erklärung von 1960 verpflichteten sich, die kollektiv erarbeiteten programmatischen Leitsätze zu beachten und „jedwede Handlung zu unterbinden, die die Einheit untergraben könnte“. Deklamatorisch wurde auf die Frage, ob es Gegensätze und Abspaltungstendenzen gebe, geantwortet: „Die Spekulationen der Imperialisten, daß im sozialistischen Lager eine Spaltung eintreten könnte, sind auf Sand gebaut und zum Scheitern verurteilt. Alle sozialistischen Länder hüten die Einheit des sozialistischen Lagers wie ihren Augapfel.“

Doch schon bald nach der zweiten Moskauer Weltkonferenz zeigte es sich, daß die übertünchten Differenzen recht bald noch deutlicher zutage traten. Bereits Ende Oktober 1962 kam es auf dem XXII. Parteitag der KPdSU zur dramatischen Anklage gegen Albanien (Vorwurf: Weiterführung einer terroristischen stalinistischen Innenpolitik, Hineintragen von Spaltungstendenzen in die internationale Arbeiterbewegung). Der anwesende Chef der Gastdelegation der KP Chinas, *Tschou En-lai* unterstützte demonstrativ die KP Albanien, weil er wußte, daß Chruschtschows Angriff nicht nur die KP Albanien, sondern vornehmlich die Führung der KP Chinas treffen sollte.

Unmittelbar nach dem XXII. Parteitag der KPdSU verurteilte auch der damalige Chef der KPI, *Palmiro Togliatti*, den sowjetischen Angriff auf die KP Albanien als ungerechtfertigte Einmischung und bekannte sich gleichzeitig mit Nachdruck zum „Polyzentrismus“. Togliatti erklärte damals erneut, daß sich die kommunistische Bewegung nicht an einem einzigen regionalen Zentrum mehr orientieren könne. Sie müsse mehrere regionale Zentren bilden, in denen Richtlinien für die in bestimmten Räumen der Welt zu befolgende Politik erarbeitet werden müßten.

Faktisch wurde damit in einer bis heute unübertroffenen Art die Führungsrolle der KPdSU als überholte Erscheinung in Frage gestellt. Es ist nicht verwunderlich, daß Togliatti damals vornehmlich aus Ost-Berlin, Paris und Moskau scharf widersprochen wurde.

Während sich 1962 die Führung der KP Chinas nachdrücklich für die Einberufung einer neuen kommunistischen Weltkonferenz einsetzte, um das Ergebnis 1960 zu revidieren bzw. in ihrem Sinne verbindlich interpretieren zu lassen, zeigte Moskau damals an einer neuen Konferenz keinerlei Interesse. Im August 1963 traf jedoch eine Delegation von Spitzenfunktionären der KP Chinas in Moskau ein, um mit den führenden Repräsentanten der KPdSU ein Streitgespräch über die „richtige Linie“ kommunistischer Politik zu führen. Ohne Ergebnis wurden diese Gespräche abgebrochen. Chruschtschow ergriff damals die Flucht nach vorn, indem er der KP Chinas vorwarf, die Erklärung von 1960 zu verraten und die kommunistische Weltbewegung spalten zu wollen. Nun verlangte Chruschtschow eine neue Weltkonferenz, wobei die Absicht deutlich war, die KP Chinas aus der kommunistischen Gemeinschaft auszuschließen.

Ab 1964 begann aber auch Rumänien deutlich eine abweichende Position einzunehmen, wobei zu erwähnen ist, daß es Ansätze für nationalkommunistische Tendenzen in Rumänien schon seit 1958 gab. Am 22. April 1964 erklärte sich die kommunistische Partei Rumäniens im Streit zwischen Moskau und Peking für neutral. Bei un-

beirrbarern Festhalten an doktrinär-kommunistischen Leitsätzen in der Innenpolitik wurde außenpolitisch ein relativ selbständiger Kurs eingeschlagen. Allerdings wurde durch die Bemerkung, es gebe keine „Vater-und-Sohn-Partei“ mehr, auch die sowjetische Führungsposition in Frage gestellt.

### *Die unmittelbare Vorbereitung*

Der Sturz Chruschtschows (Oktober 1964) vermochte die vorhandenen Gegensätze keineswegs auszuräumen. Zwar wurde der Plan einer Weltkonferenz von Breschnew 1964 zunächst nicht weiter verfolgt, aber schon 1965 zeigte sich, daß auch Breschnew die Absicht eines Welttreffens keineswegs aufgegeben hatte, wenngleich dieses Anliegen nicht mehr im Mittelpunkt seines Interesses zu liegen schien. Nach den Feiern zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution (7. November 1967) wurde mitgeteilt, daß sich Vertreter von 70 kommunistischen Parteien für ein neues Welttreffen ausgesprochen hatten, um die Erklärung von 1960 zu modifizieren und diese den neuen internationalen Gegebenheiten anzupassen. Februar/März 1968 wurde eine vorbereitende Konsultativkonferenz nach Budapest einberufen, um den Termin und die politisch-ideologische Konzeption für das neue Welttreffen festzulegen.

Der zunächst in Aussicht genommene Termin der Weltkonferenz (25. November 1968) wurde angesichts der internationalen Auswirkungen der ÖSSR-Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Mächte vom 21. August 1968 vornehmlich von den Intervenenten blockiert. So kurz nach der Intervention schienen den Sowjets die Wogen der Empörung in der kommunistischen Weltbewegung noch nicht genügend geglättet. Damals wäre eine Erörterung der ÖSSR-Frage als zentrales Thema auf der Weltkonferenz nicht zu vermeiden gewesen, wobei sogar die ernste Gefahr einer Verurteilung der Intervention bestanden hätte. Angesichts dieser Lage spielte die Führung der KPdSU geschickt auf Zeit. Bereits im Oktober 1968 gelang es der KPdSU-Führung, in den Budapester Vorgesprächen die Konferenz auf den Frühsommer 1969 zu vertagen, den Sitz der Vorbereitungskommission nach Moskau zu verlegen und die Erörterung der Vorgänge in der ÖSSR als Konferenzthema abzusetzen.

Der IX. Parteitag der KP Chinas (April 1969) bekräftigte das weitgehende Zerwürfnis mit den anderen kommunistischen Parteien. Peking verwarf die sowjetkommunistische Ideologie und erklärte den Maoismus zum „korrekten Marxismus-Leninismus im Zeitalter des totalen Zusammenbruchs des Imperialismus“, wobei sowohl die Sowjetunion als auch deren treue Satelliten zu den imperialistischen Mächten gezählt wurden.

Bemerkenswert war die Vorbereitung der KPI auf die Moskauer Weltkonferenz. Die KPI war gewillt, in Moskau die These von der „Einheit in der Vielfalt“ zu verfechten. Sie hoffte aber, Gegensätze zu überbrücken und gemeinsame Ziele fixieren zu können. Die Einstimmigkeit um jeden Preis wurde von ihr als weniger wertvoll als „größte Aufrichtigkeit“ und „Wirklichkeitssinn“ bezeichnet. Das Zentralkomitee der KPI äußerte auch die Ansicht, daß die Kremlführung zu wenig Verständnis für die besondere Lage in den einzelnen Ländern zeigte. Ebenso unbefangen wurde auch über die KP Chinas geurteilt: einerseits wurde Peking zwar vorgeworfen, den Streit mit Moskau bis zum Antisowjetismus zu steigern und da-



durch eine Spaltung des Weltkommunismus zu verursachen, sich die Rolle des Führers anzumaßen und die Sowjetunion unzulässigerweise mit dem USA-Imperialismus gleichzustellen, andererseits lehnte das Zentralkomitee der KPI eine „Exkommunizierung“ der KP Chinas als eine unangemessen harte Reaktion ab. Die KPI trat für eine beträchtliche Kürzung der geplanten Erklärung ein, weil sie mit der darin enthaltenen Einschätzung der Weltlage nicht übereinstimmte. Ebenso wie die KP Rumäniens war sie eher vom Trend der Entspannung und der Verringerung der Gegensätze zwischen den Blöcken überzeugt und nicht von einer von Moskau angenommenen Zuspitzung der Weltlage. Gleichzeitig sollte durch eine Kürzung auch die Verankerung der Breschnew-Doktrin fortfallen. Ungeachtet der deutlichen Fixierung des eigenen Standpunktes, wurden aber die Leistungen und Verdienste der KPdSU um die kommunistische Weltbewegung offenbar ehrlichen Herzens anerkannt.

### *Moskau setzte sich durch*

Die Abwesenheit einer Anzahl einflußreicher kommunistischer Parteien auf der dritten Weltkonferenz läßt die Frage zu, inwieweit diese überhaupt repräsentativ war. Immerhin nahmen von den 14 regierenden kommunistischen Parteien fünf nicht an der Weltkonferenz teil: China (20 Millionen Mitglieder), Nordkorea (1,6 Millionen), Jugoslawien (1,1 Millionen), Nordvietnam (760 000) und Albanien (66 500). Die KP Kubas (60 000 Mitglieder) entsandte nur „Beobachter“. Bemerkenswert war auch, daß mit Ausnahme der mongolischen sowie einer indischen und ceylonesischen alle anderen kommunistischen Parteien aus Asien fehlten.

Zahlenmäßig war nur etwa die Hälfte der Kommunisten vertreten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß von den anwesenden 75 kommunistischen Parteien einige Kleinstparteien waren und weder bei sich zu Hause noch international irgendein politisches Gewicht besitzen. Andererseits muß aber auch anerkannt werden, daß vom Aspekt der Macht und des politischen Gewichts an der kommunistischen Weltkonferenz durchaus eine sehr qualifizierte Repräsentation teilgenommen hat. Die anwesenden regierenden Parteien aus den Ostblockstaaten verfügen über ein Drittel der Weltindustrieproduktion und besitzen neben den USA die stärkste Militärmacht der Welt. Im übrigen waren — abgesehen von der KP Japans (250 000 Mitglieder) — alle kommunistischen Parteien aus den führenden Industrieländern vertreten.

Bei der Bewertung der Ergebnisse muß man vom bisherigen desolaten Zustand der kommunistischen Weltbewegung ausgehen. Allein die Tatsache, daß zehn Monate nach der Intervention in der ČSSR diese außergewöhnlich gründlich vorbereitete Konferenz in Moskau stattfinden konnte, war schon ein beachtlicher Erfolg der KPdSU. Immerhin gab es angesichts der weltweiten Erschütterung und geäußerten Empörung über die Intervention auch innerhalb zahlreicher kommunistischer Parteien zunächst sogar Beobachter, die das Ende der kommunistischen Einheit prophezeiten und eine neue Weltkonferenz für unmöglich hielten.

Die Kremelführung hatte von Anfang an sehr nüchtern die Lage eingeschätzt, keine spektakulären Erfolge bei der vollen Wiederherstellung der Einheit anvisiert und sich klug auf die gegebenen Möglichkeiten eingestellt, um wesentliche Dinge dann doch durchsetzen zu können. In

klarer Kalkulation der Möglichkeiten hatte man die Weltkonferenz auf das ihnen genehme, vordringlich scheinende Thema „Aktionseinheit im Kampf gegen den Imperialismus“ beschränkt.

Kernpunkte in den Beziehungen zwischen den kommunistischen Parteien wurden auf der Konferenz keineswegs systematisch erörtert und verbindlich geklärt, sondern eher als kontrovers ausgeklammert und mehr am Rande erwähnt: 1. Die Breschnew-Doktrin von der begrenzten Souveränität der Staaten der sozialistischen Völkergemeinschaft. 2. Der Umfang der Aktions- und Entscheidungsfreiheit jeder Partei gegenüber Moskau. 3. Die Einschätzung des Entwicklungstrends der internationalen Lage (Zuspitzung oder Entspannung und Verminderung der Gegensätze zwischen den Blöcken). 4. Die Stellung der anwesenden kommunistischen Parteien zur KP Chinas. 5. Wie die Einheit der kommunistischen Weltbewegung wiederhergestellt werden kann. (Sollte man eine dem ehemaligen Kominformbüro ähnliche Einrichtung wiedererrichten oder jeder Partei Freiheit des eigenen Weges zubilligen und auf ein leitendes Zentrum verzichten?)

Die Annahme der Deklaration über die Aufgaben des Kampfes gegen den Imperialismus zeigt aber, daß die Sowjetführung in allen wesentlichen Fragen ihren Standpunkt doch durchsetzen konnte. Die aus unterschiedlichen Motiven von einzelnen Parteien vorgenommene Distanzierung zu dieser Deklaration bzw. die zum Teil geäußerten formalen Vorbehalte einiger Parteien können nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine qualifizierte Mehrheit der anwesenden Delegationen die Deklaration ohne jeden Vorbehalt unterzeichnet hat.

Walter Ulbricht konnte sich über Festlegung in der Moskauer Deklaration freuen. Immerhin sind die Durchsetzung der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR und die Bewertung West-Berlins als besondere politische Einheit sowie die aktive Solidarität mit der DDR zu wichtigen Zielen der weltweiten kommunistischen Aktionseinheit erklärt worden.

Wenn auch im Abschnitt IV, im Gegensatz zu 1957 und 1960, die führende Rolle der KPdSU weniger stark und in mehr umschriebener Form verankert wurde und zugleich die Gleichberechtigung aller Parteien nachdrücklicher zum Ausdruck kam, so wurde damit nur den bestehenden Realitäten Rechnung getragen.

Wie dies aber inhaltlich zu deuten sein dürfte, geht aus einem Trinkspruch Gomulkas auf dem Abschiedsempfang hervor: „Wie wir auf unserer Beratung unterstrichen, ist die kommunistische Partei der Sowjetunion unter allen Parteien gleiche unter gleichen. Doch ist sie zugleich auch die erste Partei unter gleichen. Warum man sie die erste Partei nennt, wissen wir alle gut. Niemand hat ihr diesen Rang verliehen. Ihn hat ihr die Geschichte selbst gegeben“ (zit. nach „Neues Deutschland“, 18. 6. 69).

In indirekter Form wurde in der Deklaration auch die Breschnew-Doktrin verankert: „Jede kommunistische Partei ist für ihre Tätigkeit vor der eigenen Arbeiterklasse und dem eigenen Volk sowie gleichzeitig vor der internationalen Arbeiterklasse verantwortlich. Die nationale und die internationale Verantwortung jeder kommunistischen und Arbeiterpartei sind untrennbar. Die Marxisten-Leninisten sind Patrioten und Internationalisten zugleich.“

In diesen Worten liegen Aufruf, Warnung und zugleich Mitteilung an die Parteien des eigenen Blocks wie auch an



die westlichen Staaten, daß die Sowjetunion ihre internationale Pflicht weiterhin vom Böhmerwald bis zur Mongolei erfüllen wird, wenn sie den Sozialismus bedroht glaubt.

Zwar schleuderte Breschnew Verwünschungen an die Adresse Pekings, aber er nötigte die anderen nicht, diese im Konferenzpapier zu verankern. Da aber alle Referate der Moskauer Weltkonferenz noch veröffentlicht werden sollen und damit als Konferenzmaterial gelten, finden die in den Reden zahlreicher Parteiführer enthaltenen Anti-Peking-Passagen weltweite Verbreitung und können sozusagen nebenbei doch noch in der Meinungsbildung wirksam werden.

### *Sowjets nicht geschwächt*

Es sollte auch nicht übersehen werden, daß die Formulierungen zur Frage der friedlichen Koexistenz in der neuen Deklaration im revolutionären Sinne noch viel eindeutiger und präziser als in früheren Dokumenten sind. Klar wurde festgestellt, daß die Koexistenzpolitik „nicht im Widerspruch steht zum Recht der Unterdrückten, für ihre Befreiung mit allen für notwendig befundenen Mitteln zu kämpfen — friedlich oder mit der Waffe“.

Trotz berücksichtigter Änderungsanträge und eingegangener Kompromisse trug die angenommene Deklaration vorwiegend die Handschrift der sowjetischen Parteideologen. Erwähnenswert ist auch, daß in einem zusätzlichen „Friedensappell“, der einstimmig verabschiedet wurde, wichtige Forderungen der sowjetischen Außenpolitik Eingang gefunden haben. Auch die Ankündigung eines neuen antiimperialistischen Weltkongresses, bei dem offenbar auch nichtkommunistische Parteien eingeladen werden sollten, war sehr aufschlußreich.

Wenn man eine Bilanz ziehen will, so muß man feststellen, daß der Weltkommunismus aus dem Streit keineswegs geschwächt, sondern eher gestärkt hervorgegangen ist. Die vorhandenen Spannungen und Differenzen im Weltkommunismus wurden zwar bloßgelegt bzw. mußten ausgeklammert werden und konnten nur zu einem sehr geringen Teil ausgeräumt werden, doch neue Zerwürfnisse traten nicht auf, neue Wunden wurden nicht geschlagen. Der Konflikt zwischen Peking und Moskau wurde trotz verbaler Anklagen in einigen Reden nicht weiter zugespitzt, sondern im Gesamtergebnis eher etwas eingefroren. Zwischen Moskau und Belgrad scheint sogar der ideologische Konflikt vorerst durch eine Art Waffenstillstand ersetzt zu werden.

Es ist Moskau gelungen, dem polyzentristischen Auflösungsprozeß zumindest vorerst Einhalt zu gebieten. Das behutsame elastische Taktieren zahlte sich aus. Erwähnenswert ist auch, daß die Kritik an Moskau sich während des Kongresses sehr in Grenzen hielt und „ziemlich zahm war“ (vgl. „Neue Zürcher Zeitung“, 22. 6. 69). Früher wurde bereits viel fundamentalere Kritik an der sowjetischen Vormachtstellung geübt (durch Tito, Togliatti, Mao etc.). Eine offene Abrechnung mit der Breschnew-Doktrin wurde von keinem Delegationschef gewagt. Die Gegner und Kritiker sowjetischer Machtpolitik vermochten sich nicht zu einigen und in geschlossener Front aufzutreten.

Es muß anerkannt werden, daß die dritte Weltkonferenz anders als die früheren Kongresse der kommunistischen Internationale und des Kominformbüros sowie die erste und zweite Weltkonferenz besonders gründlich und vor

allem weitgehend öffentlich vorbereitet wurde. In bisher nicht gekanntem Ausmaß wurde während der dritten Weltkonferenz laufend die Presse informiert. Die einzelnen Delegationen hatten die Möglichkeit, selbst Pressemitteilungen zu verbreiten und Zusammenkünfte mit Journalisten zu veranstalten. Die Bevölkerung der Sowjetunion erfuhr über manche Differenzen im Weltkommunismus erst durch die freimütige Konferenzberichterstattung. Die neuartige Pressepolitik mag zwar ein Zugeständnis an einzelne Parteien gewesen sein, zugleich war sie aber doch auch ein Zeichen größerer Selbstsicherheit.

Die Kremelführung hat sich offenbar darauf eingestellt, daß sie nicht mehr in alter Weise auf die Führungsposition im Weltkommunismus pochen kann. Offenbar ist sie gewillt, sich auf neue Gegebenheiten klug einzustellen. Für die Führer der KPdSU mag es bitter sein, der Kuriosität Rechnung zu tragen, daß die Führungsrolle der KPdSU zu einer Zeit umstritten ist und nicht mehr in der alten Form akzeptiert wird, in der die Sowjetunion im wahrsten Sinne des Wortes zu einer Weltmacht ersten Ranges aufstieg. Während die einst schwache, eingekreiste Sowjetunion im Weltkommunismus eine unumstrittene moralische Autorität war und die Führungsrolle der KPdSU weitgehend freiwillig akzeptiert wurde, muß sie als mächtigste Bruderpartei sich des Argwohns und Mißtrauens der kleinen Parteien erwehren. Das Vaterland des Sozialismus sieht sich einem *Sozialismus der Vaterländer* gegenüber. Die Periode erzwungener Gefolgschaft ist vorbei. Neue Formen der indirekteren Ausübung der Führungsrolle müssen offensichtlich gefunden werden.

Die Kremelführung weiß, daß es heutzutage nicht mehr ratsam ist, „einmütige“ formelle Mehrheitsbeschlüsse durchzusetzen, deren Befolgung sie in der Praxis aber schwerlich durchsetzen könnte. Sie berücksichtigt, daß die Kommunisten vieler Staaten nicht mehr vorbehaltlos bereit sind, nach Moskau als dem Mekka des Kommunismus zu pilgern und sich dort impfen zu lassen. Dennoch muß man stets beachten, daß in den Warschauer-Pakt-Staaten, dem machtpolitischen Kern des kommunistischen Blocks, die Führungsposition der Sowjetunion in der Praxis durch viele Verflechtungen gegenwärtig unantastbar ist.

### *Schwächen des COMECON*

So interessant es aber sein mag, angebliche und wirkliche Widersprüche in der kommunistischen Weltbewegung aufzudecken und zu analysieren, so sollte man nach der dritten kommunistischen Weltkonferenz davon ausgehen, daß zu einem Frohlocken sowie zu übertriebenen Hoffnungen auf einen bevorstehenden Zerfall des Weltkommunismus keine Veranlassung besteht. Der Versuch, einen bedeutenden Teil der kommunistischen Weltbewegung wieder auf aktuelle Kampfziele gegen den Imperialismus festzulegen, kann sich als durchaus erfolgreich erweisen.

Ungeachtet des relativ guten Ausgangs der dritten kommunistischen Weltkonferenz für die Führer der KPdSU, wurden aber die wesentlichen Probleme der internationalen kommunistischen Weltbewegung nicht gelöst. Die Sowjetunion muß in ihrer Tagespolitik in der gesamten kommunistischen Weltbewegung danach trachten, ihre Führungsposition zu behaupten und auf eine freiwillig anerkannte Grundlage zu stellen. Auch im kommunistischen Machtbereich hat sie Schwierigkeiten zu meistern. Es fällt ihr oft schwer, in den Leitungsstäben des War-



schauer Paktes und dem COMECON ihre Vorrangstelle zu behaupten. Es ist nicht einfach, all die unterschiedlichen Interessen der Kleinen halbwegs zu berücksichtigen (und ignorieren lassen sie sich nicht mehr).

Die wirtschaftliche Integration im COMECON steckt noch in den Kinderschuhen. Es gibt keine Währungs-konvertibilität, keinen supranationalen Kapitalmarkt, keine koordinierte Investitionspolitik, keinen integrierten Arbeitsmarkt, keinen nennenswerten allgemeinen Austausch von technischen und wissenschaftlichen Informationen. Es ist noch nicht einmal gelungen, die einzelnen nationalen Wirtschaftspläne auch nur grob aufeinander abzustimmen. Die Gründe für die Rückständigkeit des COMECON sind sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Natur. Auf beiden Ebenen wurzeln die Schwierigkeiten darin, daß eine echte Interessengemeinschaft nur bedingt und in eingeschränktem Maße besteht. Gegenseitiges Mißtrauen hindert sowohl eine blockinterne Integration als auch eine Öffnung nach außen.

Innerhalb des COMECON scheinen sich in der Frage des Ausmaßes der Integration zwei Richtungen herauszubilden. Die Sowjetunion, die DDR und Bulgarien sind an einer weitgehenden Integration interessiert und auch bereit, die Breschnew-Doktrin auf das wirtschaftliche Feld auszudehnen, während die anderen Partner dem Widerstand leisten (vgl. u. a. „Die Zeit“, 25. 4. 69).

Der Konflikt mit China hält unvermindert an. Aber ungeachtet der gewaltigen Bedeutung dieses Konflikts zwischen den beiden kommunistischen Großmächten, sollte man aber auch dies mehr als einen — wenn auch gefährlichen — Familienstreit ansehen. Beide Seiten werden alles tun, um eine militärische Konfrontation zu vermeiden. Bei aller Bedeutung des Gegensatzes zwischen Peking und Moskau gibt es immer noch Gemeinsamkeiten, die ein offenes Zusammengehen der Sowjetunion bzw. Chinas mit dem Westen gegen den anderen sozialistischen Partner unmöglich machen. Trotz der ideologischen und territorialen Reibereien sind die Sowjetunion und Rotchina dem Wesen nach immer noch Verbündete gegen den gemeinsamen Feind USA, und daran wird sich auf längere Sicht, ungeachtet aller unterschiedlichen Interessen, kaum etwas ändern.

### *Nachwirkungen des Prager Frühlings*

In Europa war bis vor wenigen Wochen die KPČ das Sorgenkind für die Führer der KPdSU. Aus der Sicht Moskaus war die relativ starke KPČ (1968: 1,7 Millionen Mitglieder, jeder fünfte Einwohner der ČSSR über 18 Jahre war Mitglied; diese und die meisten folgenden Angaben sind entnommen dem Band: Die kommunistischen Parteien der Welt, Herder, Freiburg 1969) nach innen zum Teil kleinbürgerlich-nationalistisch aufgeweicht und auf dem Wege, den Charakter einer orthodox kommunistischen Partei zu verlieren. Die durch die inzwischen einsetzende Austrittsbewegung und die voraussichtlich zu erwartenden Parteiausschlüsse im Rahmen der einsetzenden Säuberungskampagne dürften zu einer nicht unbedeutenden Reduzierung der Substanz der Partei führen.

Die Mannschaft der Reformpolitiker ist inzwischen zerschlagen und entmachtet. Abgesehen von *Dubček*, haben sämtliche profilierten Reformkommunisten — soweit sie nicht ins Ausland gingen — bereits Selbstkritik geübt. Es ist der Sowjetunion gelungen, daß von den Führern des

gezüchtigten Volkes nicht nur ein Sündenbekenntnis und eine Selbstkritik kam, sondern daß die Züchtigung selbst als rechtmäßig, notwendig und als brüderliche Tat dargestellt wurde. Alle früheren Partei- und Staatsbeschlüsse, in denen eine Verurteilung oder Distanzierung von der „brüderlichen Tat“ zum Ausdruck kam, wurden indessen annulliert. Die einstige Begeisterung des Volkes für den Reformkommunismus und die nationalkommunistisch betonte Haltung beginnt allmählich in Resignation und Anpassung umzuschlagen.

Die Sowjets werden sich voraussichtlich mit einer Säuberungskampagne zufriedengeben müssen. Opfer dieser Kampagne dürften alle Parteimitglieder werden, die sich als Journalisten, Gewerkschaftler, Staatsfunktionäre, Lehrer etc. für den Reformkommunismus exponiert haben und sich der Okkupation widersetzen. Prozesse mit Verhaftungen und Verurteilungen wird es voraussichtlich jedoch nur in sehr geringem Umfang geben.

Solange Moskau unbeirrt an der Breschnew-Doktrin festhält, hat der Prager Reformkommunismus keinerlei Chancen. In der ČSSR wird seit einem Jahr stetig der Beweis geliefert, daß es im Machtbereich der Sowjetunion nationale Selbstbestimmung im Sinne einer freien Entscheidung der Völker über ihre eigene Lebensform nicht gibt, selbst nicht im Rahmen dessen, was diese Völker noch als Sozialismus ansehen. Der Kremelführung genügt nicht das außenpolitische Wohlwollen der Staaten ihres Machtbereiches. Ihr Einfluß ist erst dann gesichert, wenn sie über zuverlässige Statthalter und deren Machtapparaturen bis hinunter an die Basis ihre grundlegenden Ziele durchsetzen und im erforderlichen Maße dem nationalen Willen gleichschalten können.

### *Der „gefährlichere“ Weg Rumäniens*

Nach wie vor ist auch Rumänien ein „Sorgenkind“ besonderer Art. Zwar gibt es in wesentlichen Fragen der Anwendung der kommunistischen Doktrin und in den vielen Bereichen der Innenpolitik keine Differenzen, aber hier scheint die nationalkommunistische Spielart am eindeutigsten und ausgeprägtesten zu sein. Die relativ mitgliederstarke Kommunistische Partei Rumäniens (1967: 1 676 000 Mitglieder) beginnt sich zu einem für die Sowjets unangenehmen Beispiel einer relativ unabhängigen kommunistischen Partei zu entwickeln.

Anfang August 1969 fand hier — nur wenige Tage nach dem Besuch von Präsident Nixon und nur wenige Wochen nach der dritten kommunistischen Weltkonferenz — der X. Parteitag statt. Dieser Parteitag bestätigte, daß die von *Ceausescu* geführte KP Rumäniens ungeachtet ihrer verbalen Verbeugung vor der Sowjetunion und ihren Bekenntnissen zur Blocksolidarität weiterhin bestrebt ist, ihre betonte Eigenständigkeit zu wahren und in wesentlichen Fragen eine von Moskau unabhängige Politik zu verfolgen. Zwar stellte *Ceausescu* die Zusammenarbeit und Freundschaft zu den sozialistischen Ländern in den Mittelpunkt, doch erinnerte er daran, daß Rumänien unter sozialistischem Weltsystem nicht einen Block verstehe, in welchem die Staaten zu einem Ganzen verschmelzen und auf ihre Souveränität verzichten.

Nach einer Loyalitätserklärung gegenüber dem Warschauer Pakt erklärte er die Verteidigung der Freiheit, der Souveränität und der Integrität des Vaterlandes zur Pflicht jedes Staatsbürgers. Im Zusammenhang mit dem forcierten Aufbau der Volksmiliz dürfte klar sein, daß



das rumänische Volk dazu erziehen und ausgebildet wird, gegebenenfalls auch auf Interventionen sozialistischer Nachbarn vorbereitet zu sein.

Um seinen relativ unabhängigen Kurs vornehmlich in der Außenpolitik und in der Beziehung zu anderen kommunistischen Parteien beibehalten zu können, muß Ceausescu sich aber durch eine orthodox-kommunistische Innenpolitik absichern. Daher gibt es auf allen wichtigen Gebieten der Innenpolitik bisher keinerlei Reformen, die die Führungsposition der Partei irgendwie schmälern. Es gibt keinen Abbau, sondern eher eine Verstärkung der Partei- und Staatskontrolle. Es gibt keine privaten Handwerks-, Handels- oder Dienstleistungsbetriebe wie in Ungarn und der DDR oder gar Einzelbauern wie in Polen. Der Partei- und Staatschef Ceausescu übt praktisch eine Alleinherrschaft aus. Unverkennbar gibt es ausgeprägte Elemente des Personenkults: „Lange lebe unser geliebter Führer!“ Ceausescu ist aber kein Diktator altkommunistischer Prägung, sondern genießt beim Volk Ansehen und wird als Staatschef weitgehend akzeptiert.

Ungeachtet seiner bisherigen orthodoxen Grundhaltung in der Innenpolitik, beginnt Ceausescu auch bereits in einigen Fragen der inneren Politik zaghaft einen etwas neuen Weg zu beschreiten. Der elitäre Charakter der Partei wird etwas abgeschwächt. Die Partei soll sich mehr und mehr als nationale Massenorganisation etablieren. Ihre Tore sind ziemlich weit geöffnet. Die Mitgliederzahl erreicht bald die Zweimillionengrenze.

Ceausescu hat erkannt, daß die Partei über eine nationale Mobilisierung am besten ihre Führungsposition zur Geltung bringen kann. Die rumänische kommunistische Partei verfolgt die gesellschaftliche Integration heute weniger über kommunistische Ideologie, sondern stärker über die Nation, wodurch Ceausescu eine breitere Vertrauensgrundlage als die meisten übrigen Ostblockführer sich erwerben konnte.

Ceausescu scheint durch Massensympathien beim Volk abgesichert, doch wäre es gefährlich, die Interessenlage und die wirkliche Macht des Kremls zu unterschätzen. Er und die anderen orthodox-kommunistischen Führer können die Herausforderung von Ceausescu, eine Sonderrolle im kommunistischen Machtbereich spielen zu wollen, auf die Dauer nicht hinnehmen, ohne ihre eigene Position zu untergraben. Denn solange Ceausescu seinen relativ unabhängigen Kurs fortsetzen kann, wird er den orthodoxen kommunistischen Führern erhebliche Schwierigkeiten bereiten und durch seine Haltung den Konfliktstoff in der kommunistischen Tagespolitik vermehren. Auf lange Sicht gesehen, ist der rumänische Weg für Moskau viel gefährlicher als das stürmische Aufbegehren der ČSSR. Der dezent nationalkommunistische Kurs von Ceausescu erschwert den orthodoxen Kommunisten eine rasche harte Aktion.

Aber in Grundfragen der Macht und der Behauptung ihrer Führungsrolle scheut die sowjetische Führung vor keinem Risiko unterhalb der Atomschwelle zurück. Bei einer etwaigen Intervention in Rumänien glauben die Kreml-Herren auch davon ausgehen zu können, daß die NATO-Partner dies wiederum faktisch nur als eine innere Angelegenheit, als eine Art Polizeiaktion innerhalb des Warschauer Pakts werten und sich militärisch nicht einmischen. Vorauszusehende Entrüstungstürme in der öffentlichen Meinung werden den Kreml auf keinen Fall vor Aktionen zurückhalten, wenn Macht- und Führungsfragen zur Entscheidung stehen.

## *Behutsamkeit in den großen westlichen Parteien*

Die Kommunistische Partei Italiens ist als die mitgliederstärkste, einflußreichste und schlagkräftigste Partei in der freien Welt (1,6 Millionen Mitglieder) mit erheblichem Gewicht in den Kommunen, Regionen und im Parlament (im Durchschnitt 8,5 Millionen Wähler) für die kommunistische Weltbewegung von besonderer Bedeutung. In Italien wird bereits gezeigt, welche Einflußbastionen eine kommunistische Partei völlig legal in einem sogenannten bürgerlichen Staat erringen kann. Die parlamentarischen Erfolge der KPI verleiten diese nach Moskauer Ansicht aber zu einem reformistischen Kurs. Es ist nicht zufällig, daß die KPI aus wohlverstandem nationalen Eigeninteresse völlig unabhängig von Moskau agiert und Ideen vertritt, die orthodox marxistisch-leninistischen Auffassungen entgegenstehen. Zwar ist auch die KPI für den Austritt aus der NATO, für entschlossenen Kampf gegen die Regierungskoalition der Linken Mitte, doch gleichzeitig verurteilt sie die Intervention in der ČSSR, die Verketzerung Pekings und widerspricht der Breschnew-Doktrin. Die Beziehungen der KPI etwa zur SPD sind freundschaftlicher als die zur orthodox-kommunistischen SED.

Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß der einst populäre Slogan vom „italienischen Weg zum Sozialismus“ viel von seiner anziehenden Wirkung eingebüßt hat, seitdem erkennbar geworden ist, daß es über die Details dieses Weges keine Einmütigkeit in den Vorstellungen gibt. Diese oft manifestierte Einheit der stärksten westlichen Partei zeigt in jüngster Zeit deutliche Risse. Flügel, ja in Keimformen auch Fraktionen oder gar Splittergruppen, treten in Erscheinung. Obwohl die KPI als mitgliederstärkste und politisch einflußreichste westliche Partei finanziell relativ gut situiert und diesbezüglich von Moskau weitgehend unabhängig ist, versucht Moskau brüderliche Nadelstichaktionen. Handelsunternehmen, die der KPI gehören, stoßen in jüngster Zeit im Osthandel auf nie dagewesene Hindernisse und erleiden dadurch erhebliche finanzielle Verluste. Die KPI ist nun genötigt — wenn sie nicht durch politische Konzessionen die Schwierigkeiten ausräumen will —, andere Geldquellen zu erschließen und ihre Kapitalanlagen etwas umzugruppieren.

Die italienischen Kommunisten entwickeln auch in der Bündnispolitik neue unorthodoxe Wege. Sie setzen offenbar nicht nur aus taktischer Berechnung, sondern aus innerer Überzeugung auf einen pluralistischen Dialog, auf Kontakt und Zusammenarbeit mit allen fortschrittlich demokratischen Kräften des Landes, mit Sozialisten, Katholiken, Linksrepublikanern sowie sog. linken Spontangruppen. Sie bekennen sich mit Nachdruck zur Verfassung und zur Demokratie. Sie versprechen allen künftigen politischen Partnern echte Mitsprache und Autonomie. Sie distanzieren sich deutlich von der bisherigen Volksfrontpraxis, die letztlich zur Majorisierung und schließlich zur Gleichschaltung der Partner führte.

Die Kommunistische Partei Frankreichs (275 000 Mitglieder) taktiert in der kommunistischen Weltbewegung vorsichtiger als die KPI. Generalsekretär Waldec-Rochet gilt als eifriger Verfechter einer linken Einheitsfront als eines friedlichen Weges zur Macht. Er erkannte bald, daß die bedingungslose Treue der KPF gegenüber Moskau dem Ansehen der Partei sowohl bei den Wählern als auch bei den übrigen Parteien schadete, und schwenkte daher



vorsichtig auf eine teilweise autonome Linie um. Die Führung der KPF hat zwar auch verbal nachdrücklich gegen die Invasion in der ČSSR protestiert, aber sie legte sich dabei doch eine stärkere Zurückhaltung auf. Nur relativ vorsichtig und behutsam erfolgte seither eine Distanzierung zur Moskauer Linie. Echte nationalkommunistische Tendenzen sind bis jetzt nur schwach ausgeprägt. Besondere Sorgen bereitete die KPF dem Kreml bisher nicht. Dies schließt jedoch nicht aus, daß es innerhalb der KPF bedeutsame Kräfte gibt, die gegenüber dem jetzigen Kurs ihrer Parteiführung Vorbehalte äußern und sich offen zum Prager Reformkommunismus bekennen. Z. B. R. *Garaudy* (Mitglied des Politbüros) wurde im September 1969 von seiner Partei scharf kritisiert. Garaudy hatte öffentlich in einem Interview erklärt, daß die kommunistische Bewegung sich in einer Krise befinde und daß diese Krise nicht von der Verschiedenheit, sondern aus dem Fehlen der Bereitschaft, die Verschiedenheit sozialistischer Modelle anzuerkennen, herrühre. Scharf geißelte Garaudy die ideologische Dürftigkeit des in der Moskauer Weltkonferenz beschlossenen Dokuments. Das zeitgenössische sozialistische Denken sei, beurteile man es nach diesem Dokument, in einer Stagnation; man könne den Eindruck einer Sklerose bekommen. Eine Analyse der Lage in den kapitalistischen Ländern fehle. In der Moskauer Resolution werde auf fast rituelle Weise von der Verschärfung der Widersprüche in der kapitalistischen Welt geredet. Diese Widersprüche gebe es, indessen die Widersprüche seien nicht mehr die aus dem 19. Jahrhundert. Die neuen, besonders von der wissenschaftlich und technischen Revolution verursachten, würden nicht untersucht. Ebenso fehle eine Analyse der sozialistischen Welt. Das Moskauer Dokument versuche, die Widersprüche

innerhalb des sozialistischen Lagers und innerhalb eines jeden sozialistischen Landes zu leugnen.

### *Konflikte, aber noch keine Krise*

Die vorhandenen Spannungen, Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten in anderen kommunistischen Parteien und deren Verhältnisse zu Moskau zu erwähnen wäre müßig. In graduell unterschiedlichem Ausmaß hat auch hier die Sowjetunion vielfach ernste Sorgen. In jüngster Zeit ist von besonderer Bedeutung, welchen Kurs die Führung der KP Nordvietnams (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 124) nach dem Tode von Ho Chi Minh einschlagen wird, ob sie wie bisher zwischen Moskau und Peking laviieren kann oder welchen Bundesgenossen sie bevorzugen wird. Bedeutsam in kleineren Parteien sind gegenwärtig auch die Spaltungsgefahren in den kommunistischen Parteien Österreichs und Finnlands.

Die bestehenden Zerwürfnisse, Widersprüche und Konflikte innerhalb der kommunistischen Parteien und der kommunistischen Weltbewegung verdienen aufmerksame Beachtung. Von einer großen Krise oder gar einem Zerfall der kommunistischen Weltbewegung sollte man jedoch noch nicht sprechen. Die kommunistische Weltbewegung hat sich nämlich stets in Konflikten, in Widersprüchen entwickelt und hat trotz zeitweiliger erheblicher Rückschläge und Niederlagen insgesamt bisher relativ kontinuierlich ihren Einfluß ausbauen können. Zwar sind heute die Konflikte in anderen Dimensionen als früher anzutreffen, Formen und Methoden der Auseinandersetzung und der Inhalt der Streitpunkte haben sich geändert, doch der Weltkommunismus hatte früher schon größere Krisenperioden als heute durchstehen müssen.

## Kurzinformationen

Bereits auf ihrer vorletzten Sitzung vom 22.—25. September 1969 hatte die Bischofskonferenz die Mitglieder der **Vorbereitungskommission für die gemeinsame Synode der Diözesen der Bundesrepublik** berufen. Ihre Namen wurden jedoch erst nach Zustimmung der Berufenen am 21. Oktober 1969 veröffentlicht. Die Vorbereitungskommission zählt 35 Mitglieder. Ihr gehören an: 1. Bischof *F. Hengsbach*, Vorsitzender (Essen); 2. Bischof *J. Stangl* (Würzburg); 3. Bischof *H. M. Janssen* (Hildesheim); 4. Bischof *F. Wetter* (Speyer); 5. Bischof *H. Tenhumberg* (Münster); 6. Weihbischof *E. Tewes* (München); 7. Oberbürgermeister *A. Beckel*, Präsident des ZdK (Münster); 8. Prälat *Ph. Boonen*, Leiter des Seelsorgeamtes (Aachen); 9. Frau *M. Dirks*, Vizepräsidentin des ZdK (Wittnau bei Freiburg); 10. Prof. *A. Exeler* (Münster); 11. Prof. *H. Flatten* (Bonn); 12. Prof. *H. Fleckenstein* (Würzburg); 13. Prälat *K. Forster*, zugleich Sekretär der Synode und der Vorbereitungskommission (München); 14. *H. Gaugenrieder*, Diözesanratsvorsitzender (Augsburg); 15. Prälat *B. Hanssler*, Bischöflicher Assistent des ZdK (Bonn-Bad Godesberg); 16. *K. Hemmerle*, geistlicher Direktor des ZdK (Bonn - Bad Godesberg); 17. Prof. *J. B. Hirschmann SJ* (Frankfurt); 18. *P. Hoffacker*, Geschäftsführer von Adveniat (Essen); 19. Generalvikar *L. Hofmann* (Trier); 20. *H. Köppler*, Staatssekretär a. D., parlamentarischer Geschäftsführer der CDU (Bonn); 21. *F. Kronenberg*, Generalsekretär des ZdK (Bonn-Bad Godesberg); 22. *C. Kühn*, Diözesanratsvorsitzender (Osnabrück); 23. *K. Lang*, Vorsitzender der KDSE (Bonn); 24. Prof. *K. Lehmann* (Mainz); 25. Prof. *H. Maier* (München); 26. Abt *A. Mayer OSB*, früher Rektor der Benediktinerhochschule Sant'Anselmo in Rom (Metten); 27. Prof. *P. Mikat*, Kultusminister

a. D. und CDU-MdB (Düsseldorf); 28. *M. Prümm*, Katholischer Frauenbund (Köln); 29. *E. Rickal*, BDkJ (Düsseldorf); 30. *F. W. Schaper*, Mitglied des Diözesanrates (Berlin); 31. Rechtsanwalt *B. Servatius*, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände Deutschlands (Hamburg); 32. Sr. *M. Theresita*, Vereinigung der höheren Ordensoberinnen (Düsseldorf); 33. Kultusminister *B. Vogel* (Mainz); 34. *W. Vogt*, Schriftleiter der Kettelerwacht, CDU-MdB (Köln); 35. Prälat *W. Wöste*, Leiter des Katholischen Büros (Bonn). Die Kommission hat am 6. November das erstmalig getagt. Die Sitzung galt fast ausschließlich der Diskussion des inzwischen von der Bischofskonferenz verabschiedeten Synodalstatuts.

Der **gemeinsame Gesprächskreis EKD-Katholische Bischofskonferenz** ist seitens des Rates der EKD erweitert worden. Für den nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten zurückgetretenen *G. Heinemann* und den verstorbenen Kirchenpräsidenten *W. Sucke* wurden der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, *J. Beckmann*, und der Leitende Bischof der VELKD, *H.-O. Wölber*, benannt, beide Mitglieder des Rates der EKD-West. Die bisherige Mitgliedschaft von Landesbischof *H. Dietzfelbinger* bleibt ebenso erhalten wie die des Landessuperintendenten *U. Smidt*, Detmold. Die eigentliche Erweiterung besteht in der Hinzuwahl des Laien *A. Freiherrn von Campenhausen*, Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD in München, sowie des Militärbischofs *H. Kunst*. Die katholische Kirche wird nach wie vor vertreten durch die Kardinäle *L. Jaeger* und *J. Höffner* sowie die Bischöfe *H. Tenhumberg*, Münster, *J. Stimpfle*, Augsburg, *F. Hengsbach*, Essen, und *H. Volk*, Mainz.